



Damen und Herren

der Presse

Bankverbindung:  
Sparkasse Saarbrücken  
Konto-Nr. 20008  
(BLZ 590 501 01)  
IBAN DE59 5905 0101 0000 0200 08  
BIC SAKSDE55XXX

Saarbrücken, den 25.10.2019

## **Landkreistag Saarland: Altschuldenhilfen des Bundes dringend geboten – Landkreise unterstützen das Land**

Der Landkreistag Saarland spricht sich für die von Bundesfinanzminister Scholz angekündigten Altschuldenhilfen für Kommunen im Saarland, Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen aus. Der Vorsitzende des Landkreistages, Landrat Patrik Lauer, sagte hierzu am heutigen Tag: „Wir unterstützen als saarländische Landkreise mit aller Kraft die Bemühungen der saarländischen Landesregierung, in Berlin eine Altschuldenregelung für die hochverschuldeten saarländischen Kommunen zu erreichen.“

Die saarländischen Städte und Gemeinden sind mit einer Verschuldung von rund 3,6 Mrd. € die höchstverschuldeten Gemeinden in Deutschland. Das Land hat mit der hälftigen Übernahme der kommunalen Kassenkredite im Rahmen des Saarlandpaktes bereits einen beachtlichen Teil zum Abbau der kommunalen Gesamtverschuldung geleistet. „Die Übernahme von einer Milliarde an kommunalen Kassenkrediten sowie die kommunale Verpflichtung, den verbleibenden Rest mit eigenen Anstrengungen abzubauen, verdeutlicht, dass Land und kommunale Ebene im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit ihre Hausaufgaben machen“, erklärte

der stellvertretende Vorsitzende des Landkreistages, Landrat Udo Recktenwald.

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat sich am 18.10.2019 angesichts der krisenhaften Entwicklung in der Auto- und Stahlindustrie für Bundeshilfen für das Saarland ausgesprochen. Mit den Hilfen müsse in die Infrastruktur investiert und die Entschuldung der Kommunen vorangetrieben werden. Diese Einschätzung wird von der saarländischen Wirtschaft unterstützt.

„Sehr ärgerlich und absolut unsachlich ist die Haltung des Deutschen Landkreistages und einzelner Landkreistage in anderen Bundesländern in dieser Frage“ konstatierte der Vorsitzende des Landkreistages. Abgesehen von der Frage, dass der eigene Bundesverband mit seiner Haltung gegen die Interessen von drei Landesverbänden durch dieses unsolidarische Vorgehen verstoße, sei seine Argumentation auch realitätsfern und falsch. „Wenn es denn Angelegenheit der Länder ist, die Kommunen zu entschulden, stellt sich die Frage, was denn passiert, wenn die Länder dies nicht können?“, so der stellvertretende Vorsitzende Udo Recktenwald. Das Saarland sei nun mal anerkanntes Haushaltsnotlageland, das die Bundesmittel zur eigenen Haushaltsentschuldung nur mit strengen Haushaltsauflagen erhalte, von der Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenbremse einmal ganz abgesehen. Die unausgesprochene Unterstellung, im Saarland lebe man sozusagen über seine Verhältnisse, sei einfach nur „unsachlich und populistisch“.

Noch ärgerlicher ist aus Sicht des Landkreistages Saarland die Haltung des sächsischen Landkreistages, der sich ebenfalls gegen die Altschuldenhilfe des Bundes für das Saarland, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen ausgesprochen hat: „Ausgerechnet ein neues Bundesland, das in den kommenden Jahren von 40 Mrd. € Bundeshilfen für den Kohleausstieg profitiert, spricht sich gegen Hilfen für die saarländischen Kommunen aus – aus meiner Sicht eine Verhöhnung der Menschen im Saarland“, so der Vorsitzende des Landkreistages, Patrik Lauer. Das Saarland und die saarländischen

Städte, Gemeinden und Landkreise hätten 2011 den Ausstieg aus der Kohle aus eigener Kraft bewältigen müssen, vielleicht auch dies ein Grund für die hohe öffentliche Verschuldung im Land. Und die Menschen im Saarland hätten in den letzten 30 Jahren klaglos trotz eigener öffentlicher Finanznot die Finanzhilfen für die neuen Länder mitgetragen, obwohl hier und da schon Zweifel an deren sinnvollem Einsatz vorhanden gewesen wären.

„Solidarität ist eben keine Einbahnstraße“, so der Vorsitzende des Landkreistages Saarland. Aus Sicht des Landkreistages Saarland ist der Deutschen Landkreistag aufgefordert, seine Haltung und sein Handeln in dieser Frage schnellstmöglich zu ändern. „Manche Interviewäußerung ist schlichtweg inakzeptabel, manche inhaltliche Äußerung lebensfremd“. Bereits heute sei eine Entfremdung einzelner Landesverbände zu ihrem Bundesverband nicht zu übersehen. Dieser Entwicklung sollte durch professionelles Verbandsmanagement möglichst schnell Einhalt geboten werden.

Ansprechpartner:

Martin Luckas, Geschäftsführer,

Tel: 0681-9509450 oder 0175-2030080